



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

# Zuwanderung und Personenfreizügigkeit – Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz

Thomas Daum, Direktor SAV

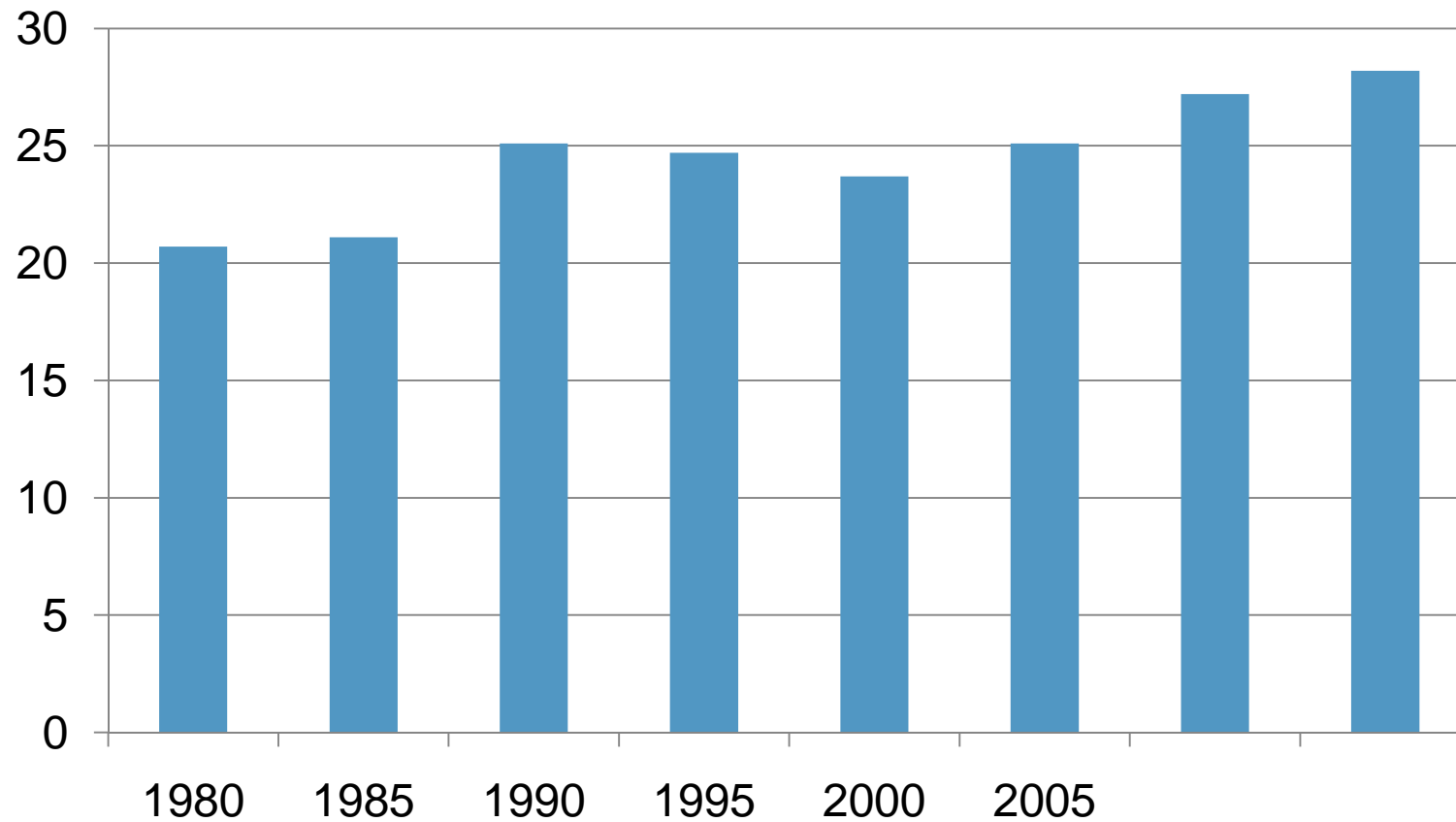
SODK, 28. Juni 2012, Brig

## Ausgangslage: Grosse Wirtschaft – kleiner Arbeitsmarkt

- Starke Technologie- und Finanzbranchen
- Starke Präsenz von Global-Playern und Headquartern
- Zunehmende Nachfrage nach (hoch-)qualifizierten Arbeitskräften und Spezialisten
- Beschränktes inländisches Angebot auch bei grössten Ausbildungsanstrengungen – permanenter Fachkräftemangel
- Zunehmende Mobilität der qualifizierten Arbeitskräfte / «War for talents»
- Arbeitskräfte-Zuwanderung als fester Bestandteil des schweizerischen Arbeitsmarkts



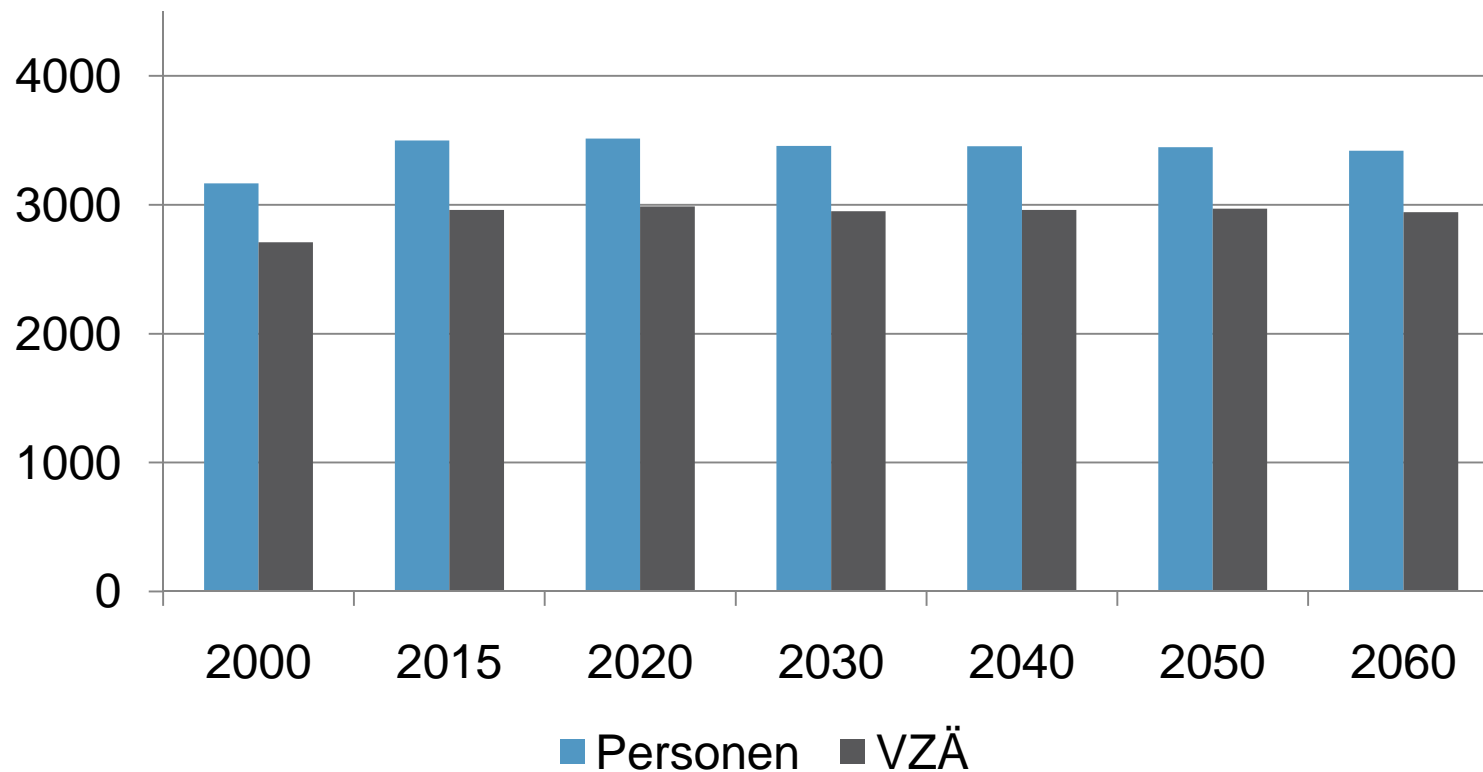
# Ausländeranteil an der Erwerbsbevölkerung



Quelle BfS



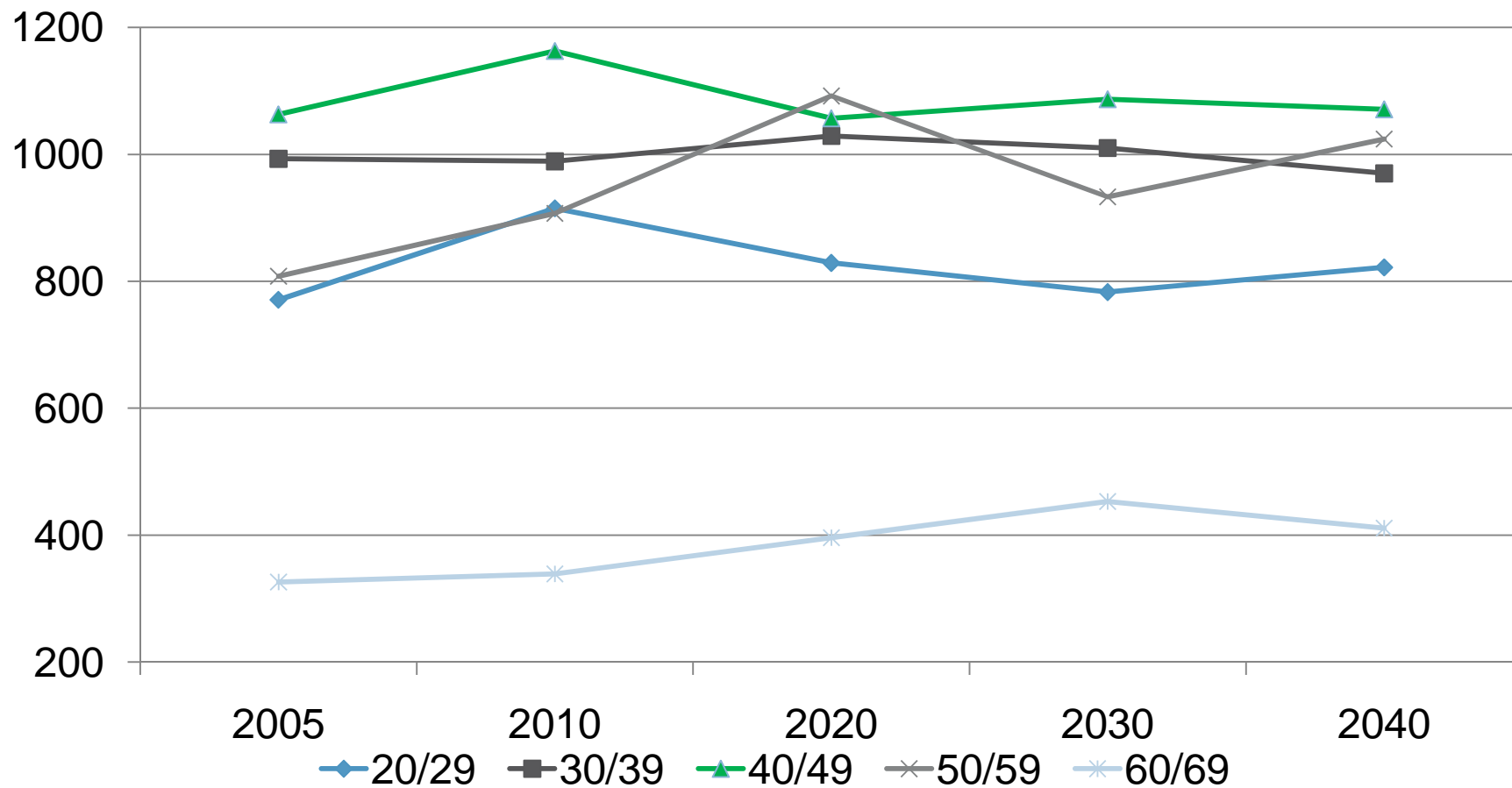
## Verschärfung durch die Demografie: Bestandesentwicklung der Erwerbsbevölkerung



Quelle BfS



## Verschärfung durch die Demografie: Altersentwicklung der Erwerbsbevölkerung



Quelle BfS



# Elemente der schweizerischen Migrationspolitik

- Personenfreizügigkeit mit EU/EFTA
  - Volle Freizügigkeit mit EU-17 /EFTA seit 2007
  - Volle Freizügigkeit mit EU-8 seit 1. Mai 2011
  - Volle Freizügigkeit mit EU-2 ab 2016mit Flankierenden Massnahmen (FlaM)
- Kontingentierte Zuwanderung aus Drittstaaten (Spezialisten, Hochqualifizierte, Konzerninterne)
- Führungspersonen gemäss GATS
- Asylgesetzgebung

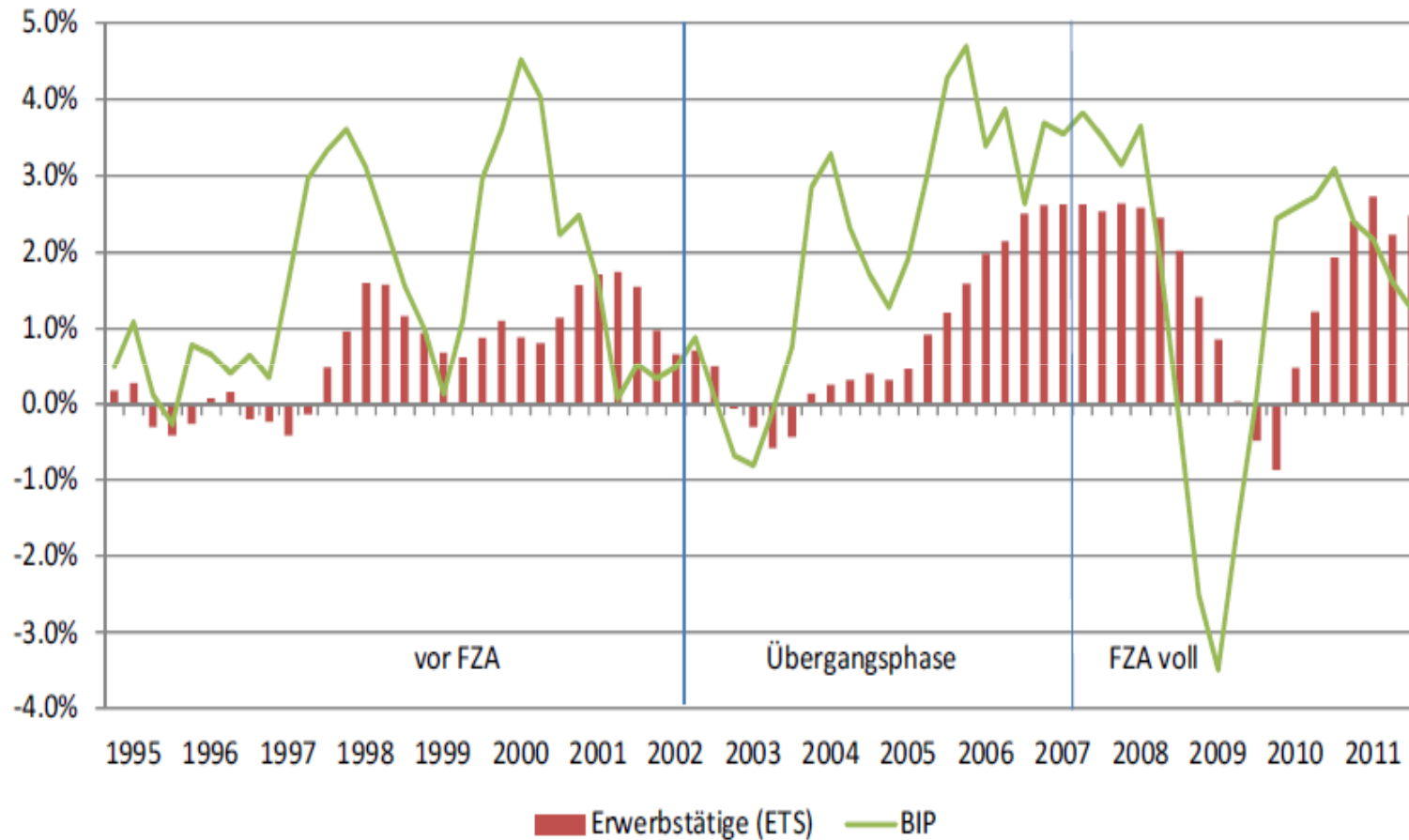


## Befunde «Observatoire»

- Zuwanderung folgt Bedürfnissen der Wirtschaft.
- Zuwanderung erfolgt weitgehend in Ergänzung zum inländischen Arbeitskräfteangebot.
- Zuwanderung führt nicht zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit.
- Zuwanderung führt zur strukturellen Stärkung des Arbeitsmarkts.
- Kein allgemeiner oder sozialpolitisch kritischer Lohndruck.
- Zuwanderung führt nicht zur Plünderung der Sozialwerke.
- Unterschiede zwischen «neuer» und «alter» Zuwanderung!



# BIP und Erwerbstätigkeit – Veränderungen zu VJ

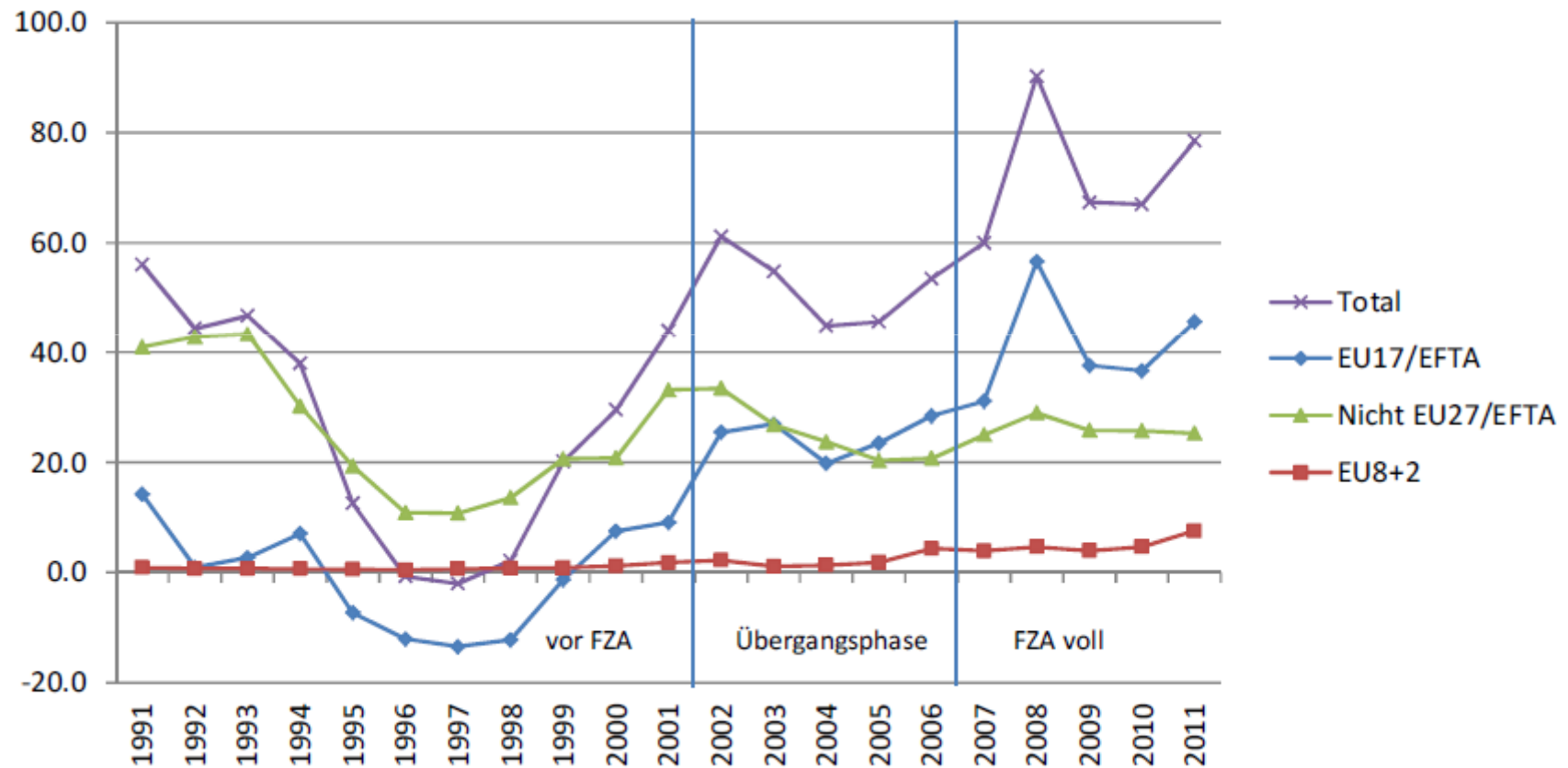


Quelle: Observatoire 2012





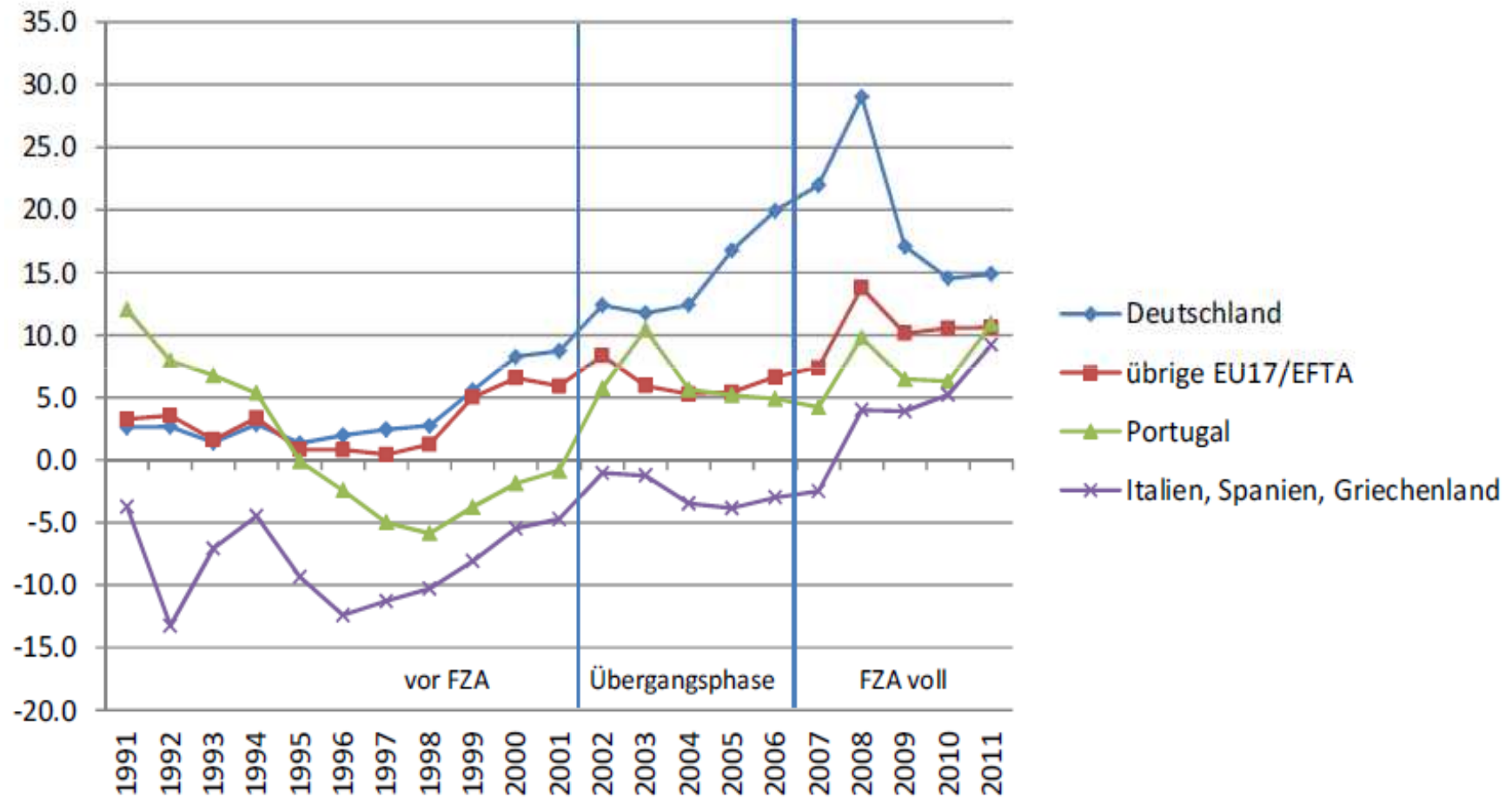
# Wanderungssaldo nach Staatengruppe (in 1'000)



Quelle: Observatoire 2012



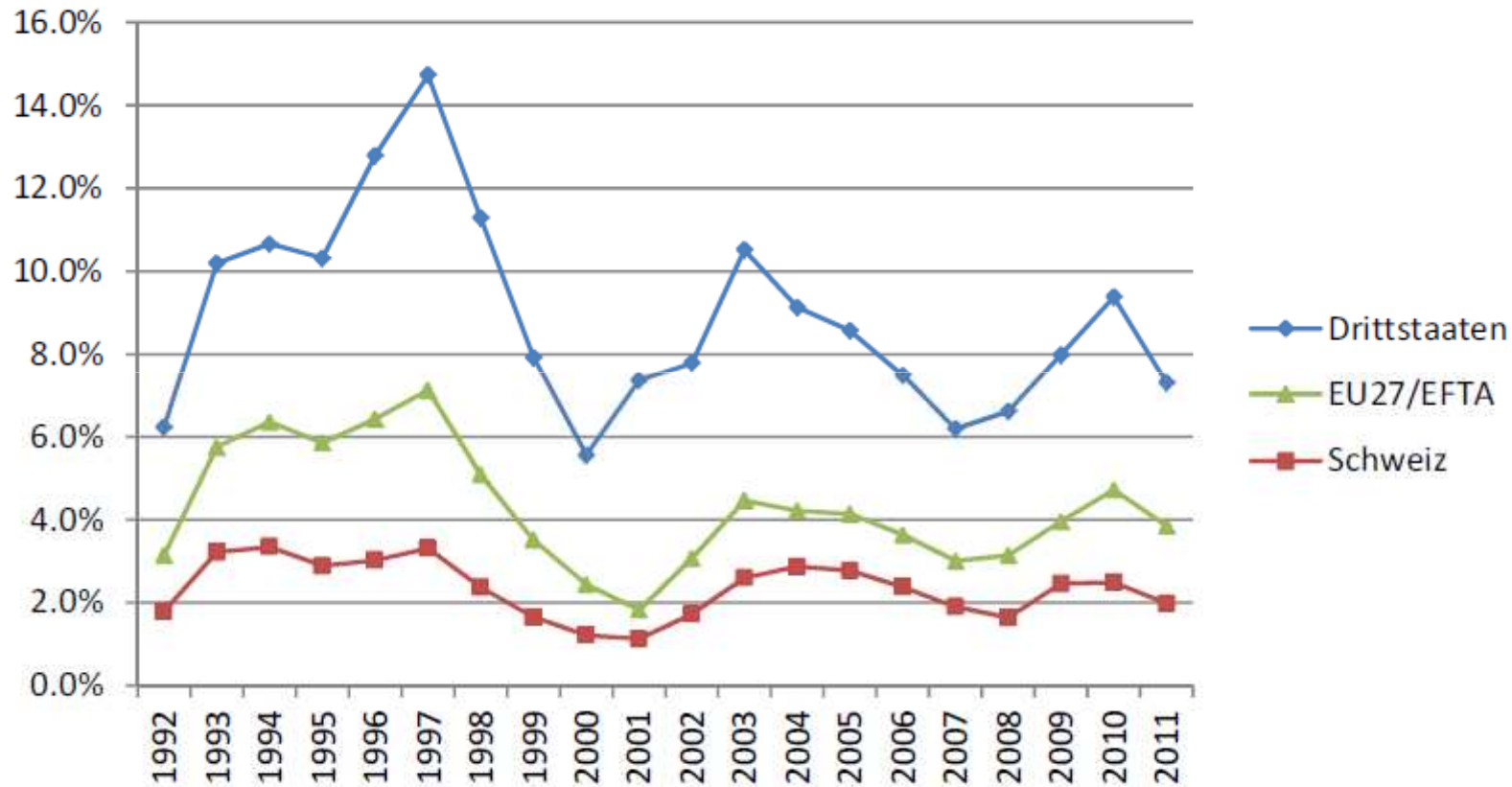
# Wanderungssaldo nach Staatengruppen



Quelle: Observatoire 2012



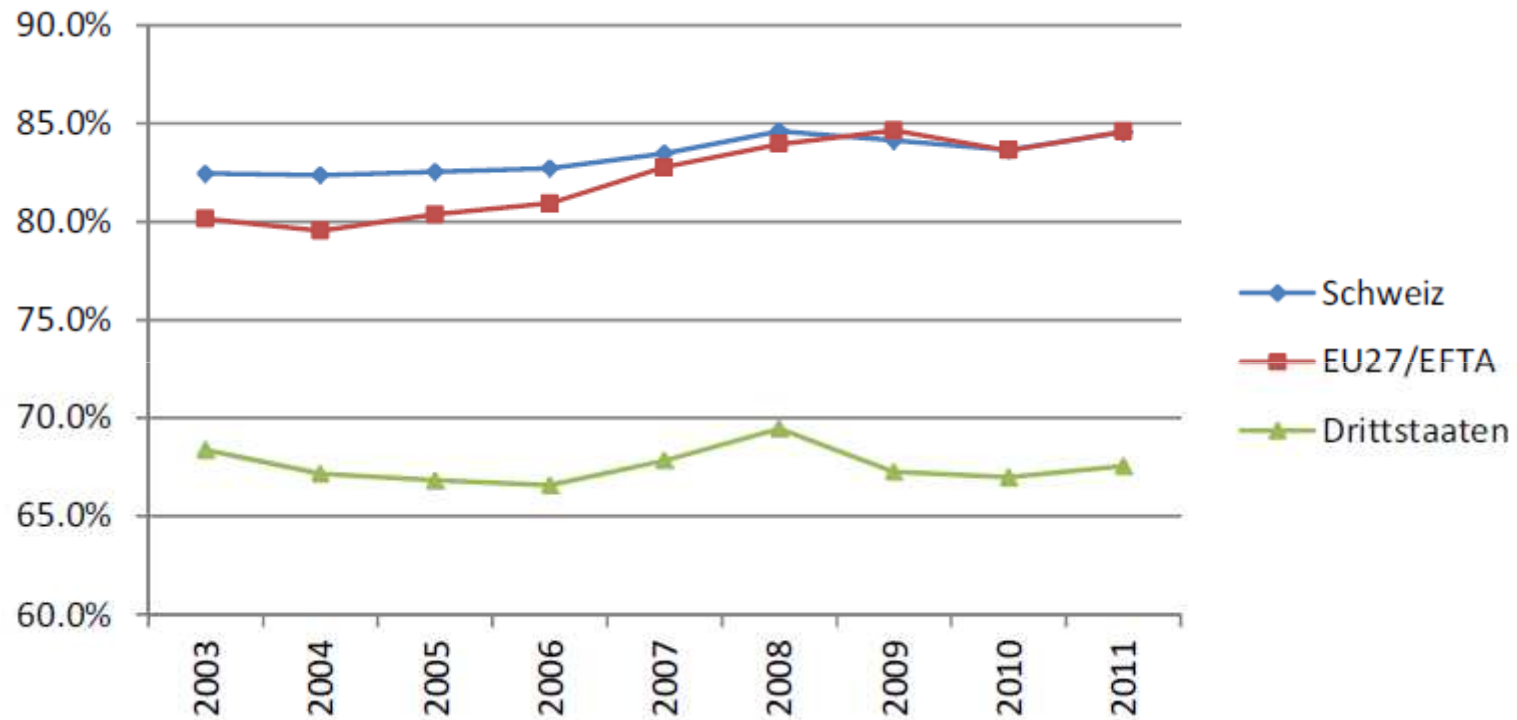
# Arbeitslosenquoten nach Nationalitätengruppen



Quelle: Observatoire 2012



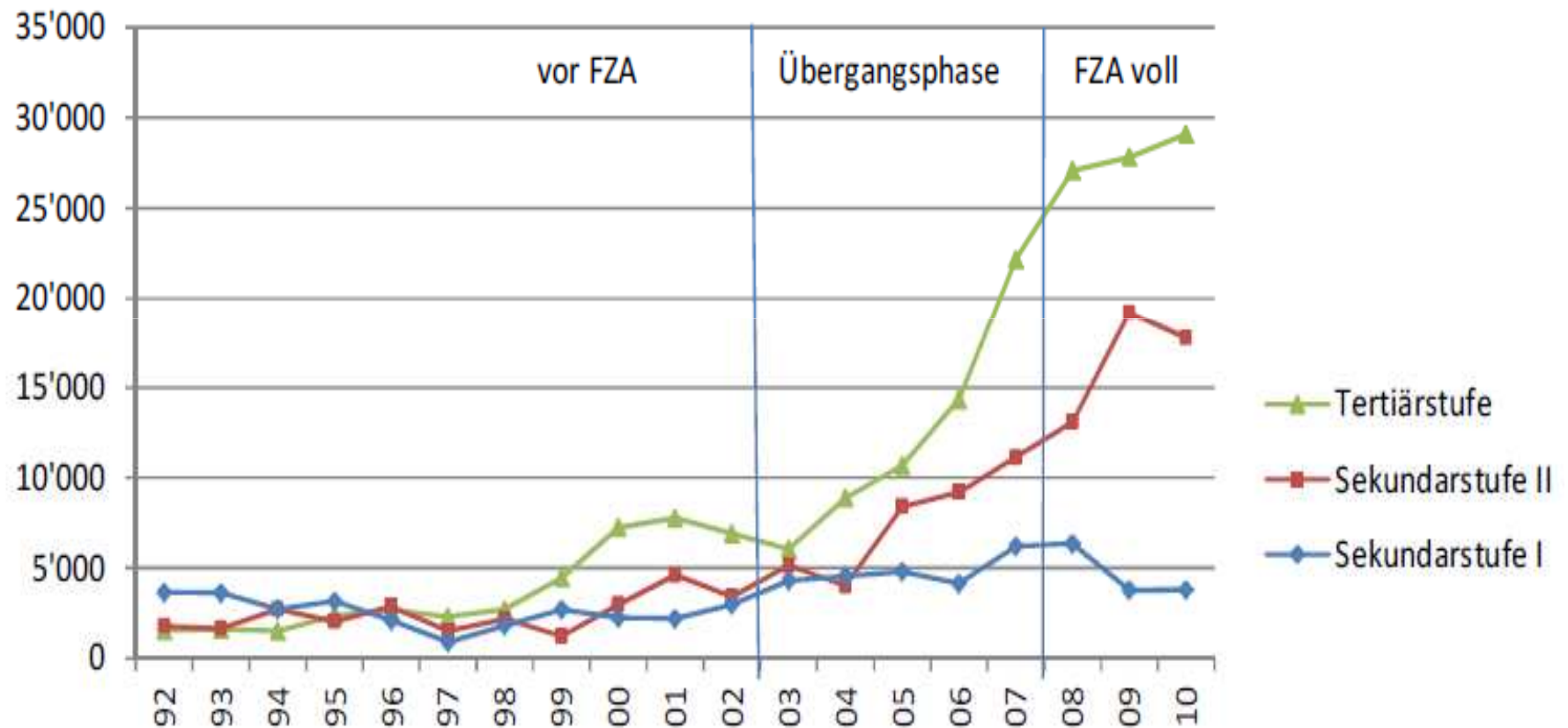
## Erwerbstätigenquote 25 – 64-Jährige – ständige WB



Quelle: Observatoire 2012



## Bildungsstand Erwerbstätige aus EU-27 im Q2/2011 nach Einwanderungsjahr

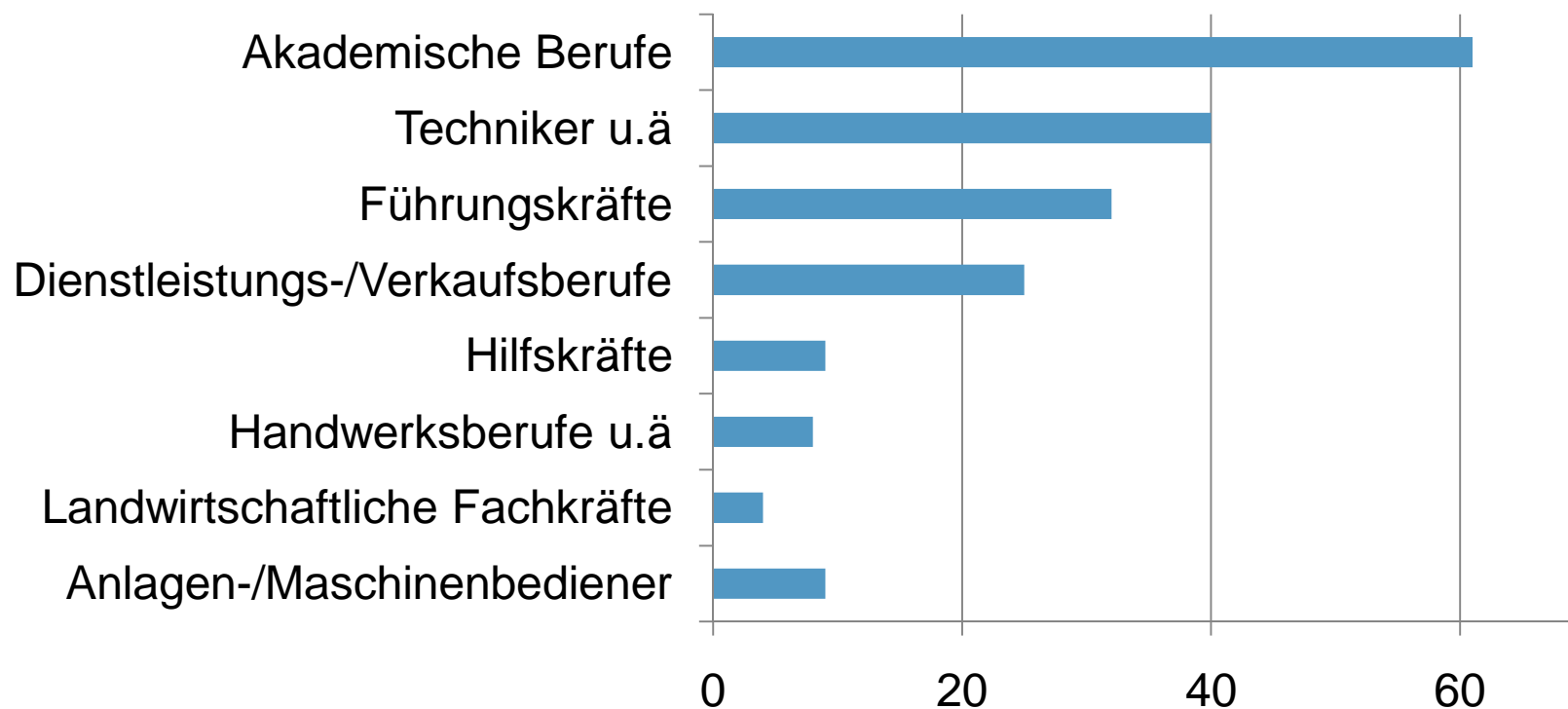


Quelle: Observatoire 2012



# Zunahme der Erwerbstätigen aus EU-15/EFTA-Staaten 2003 – 2011 nach Berufsgruppen

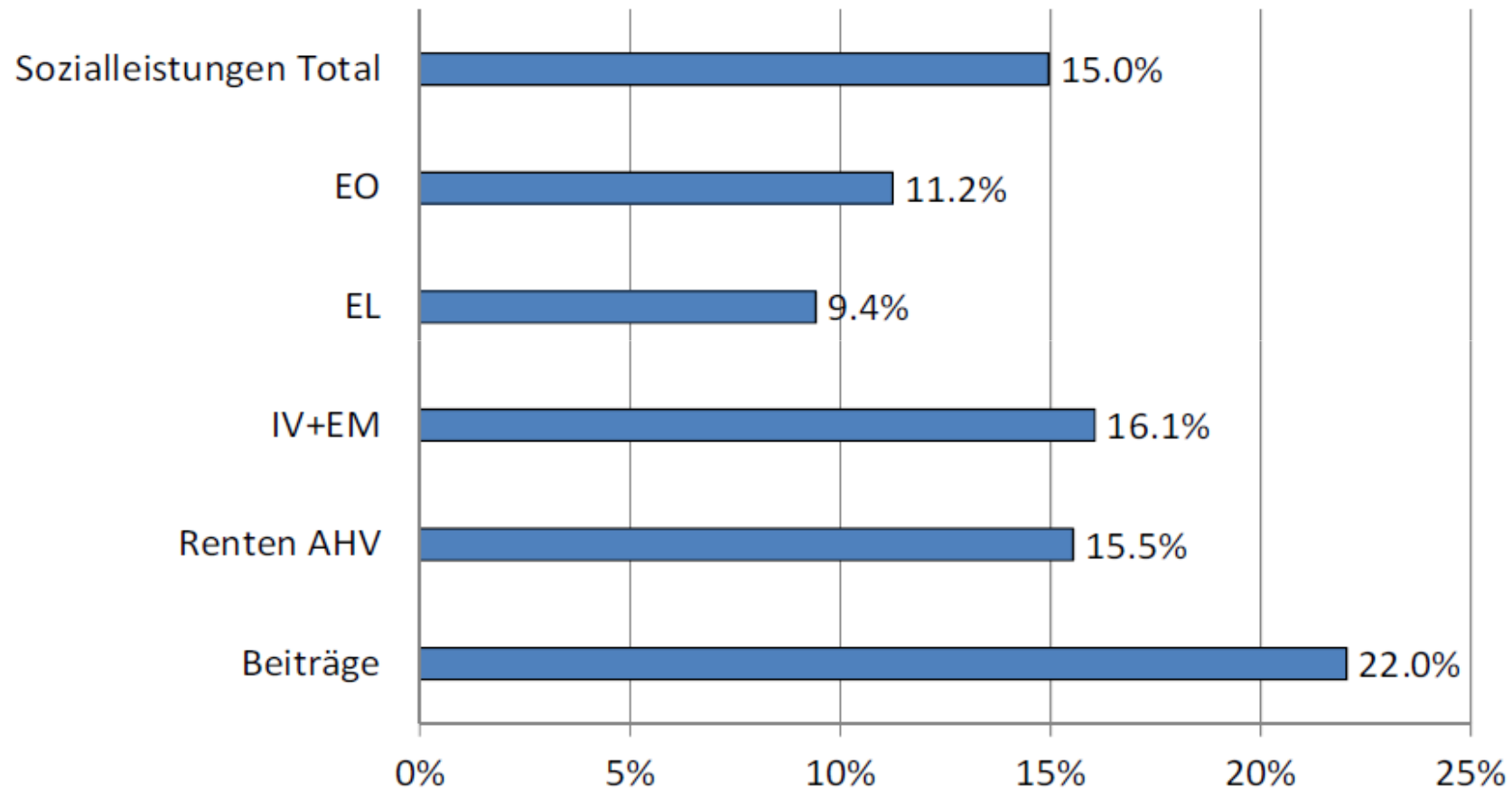
Zunahme der Beschäftigten in Tausend



Quelle: Observatoire 2012



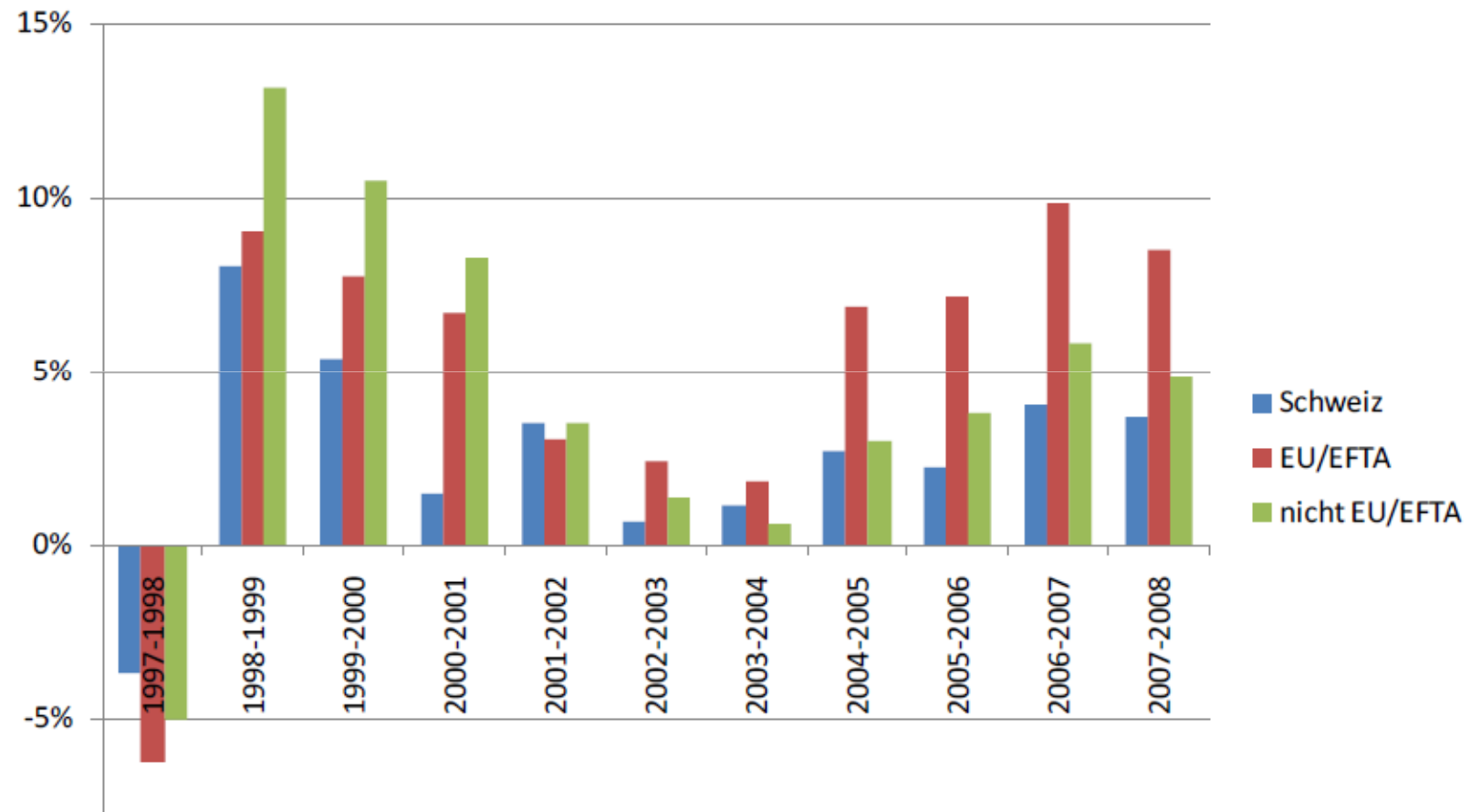
## Anteil EU/EFTA-Staatsangehörige an beitragspflichtigen Einkommen und Leistungen AHV/IV/EO/EL



Quelle: Observatoire 2012



# Entwicklung der AHV-Lohnsumme

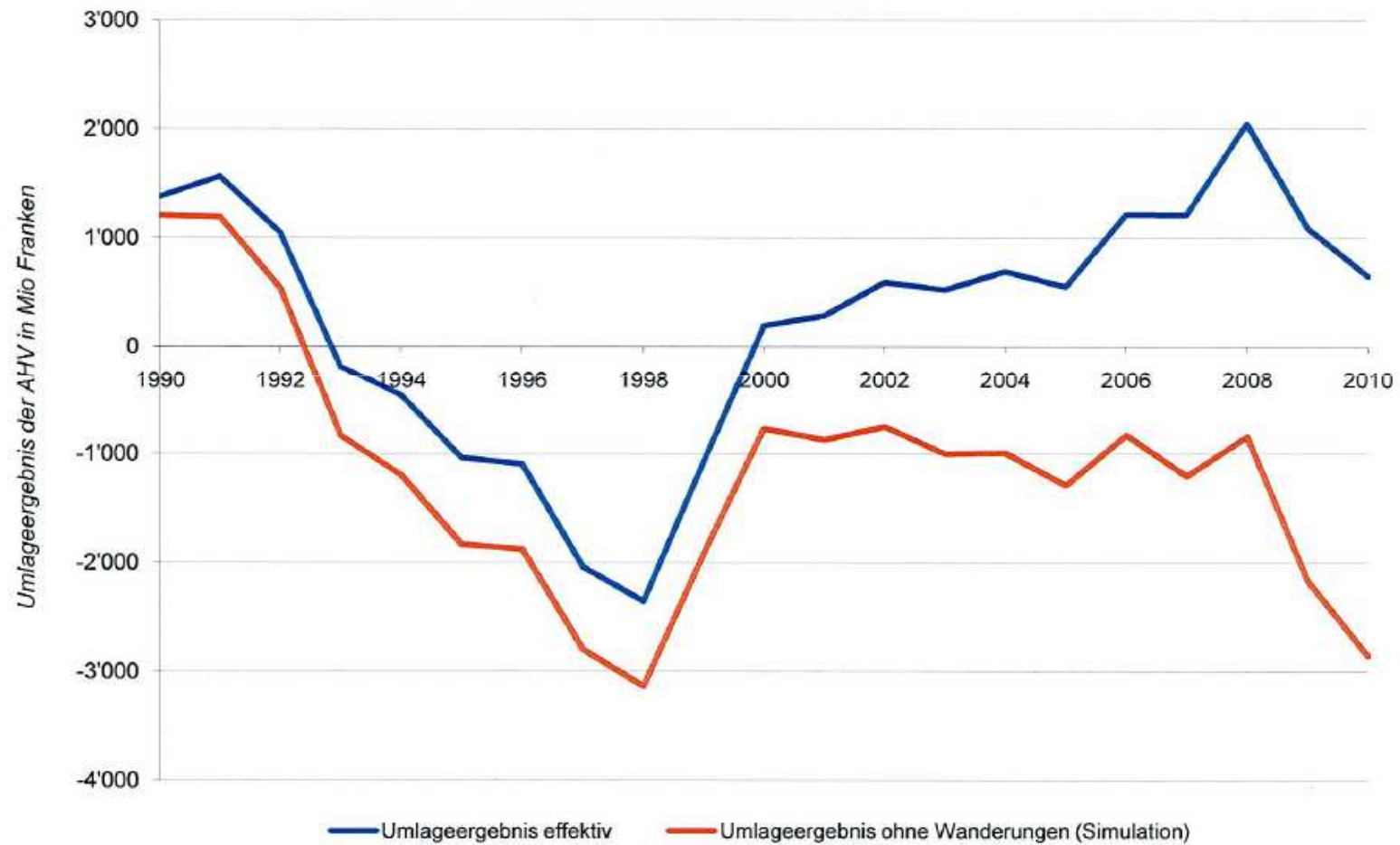


Quelle: Observatoire 2012





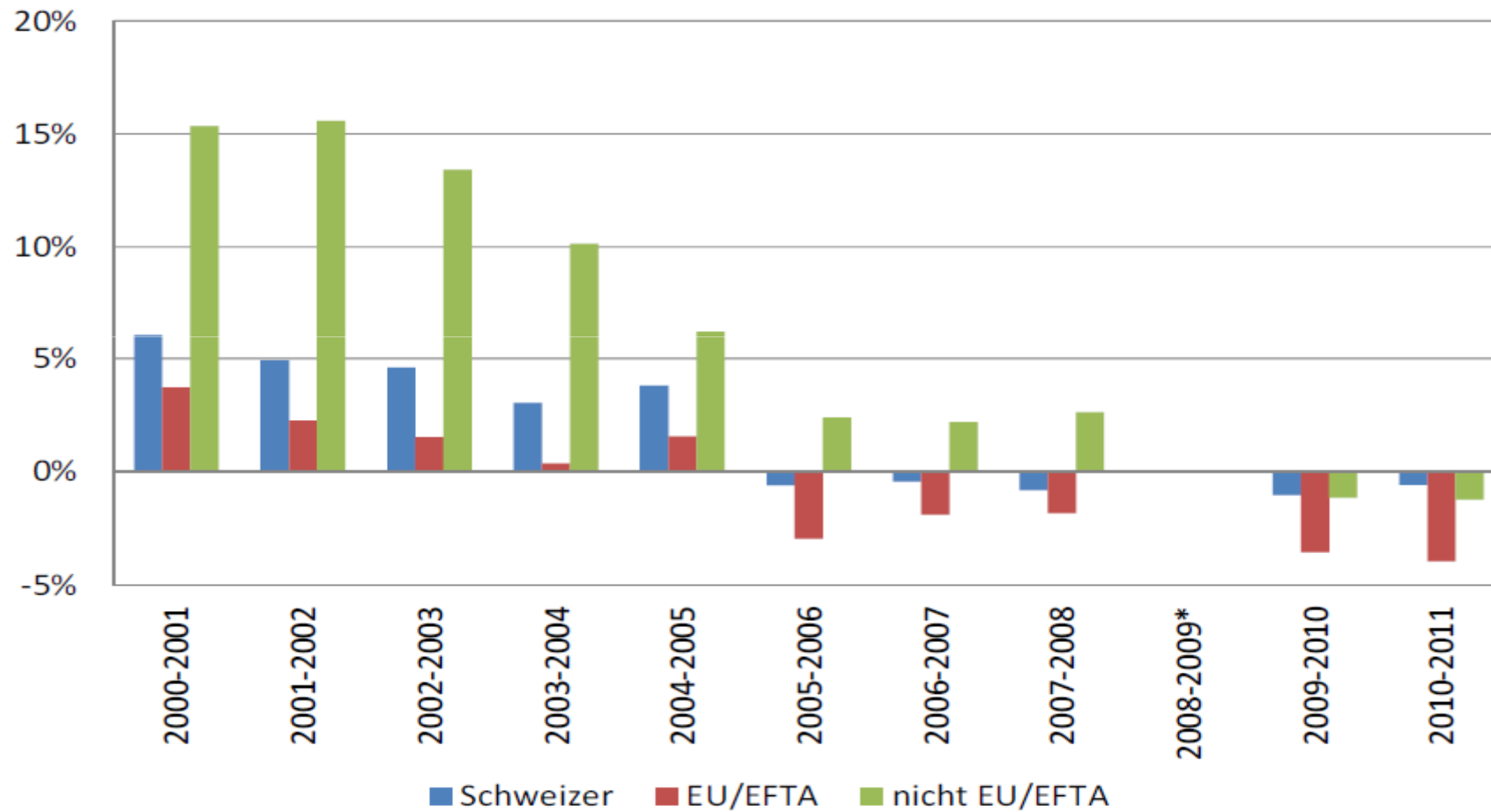
# Die AHV profitiert von der Zuwanderung



Quelle BSV



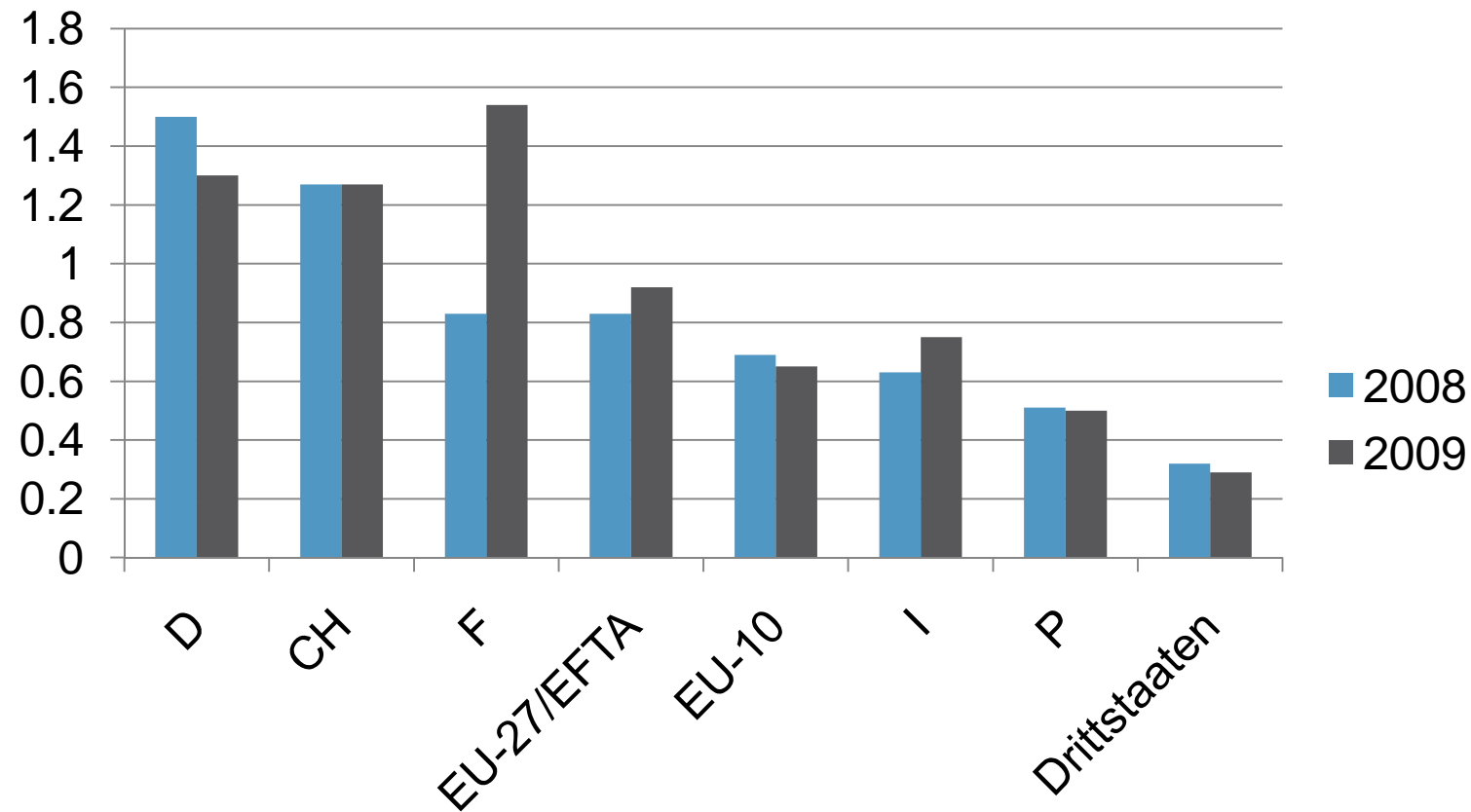
# Entwicklung der IV-Renten



Quelle: Observatoire 2012



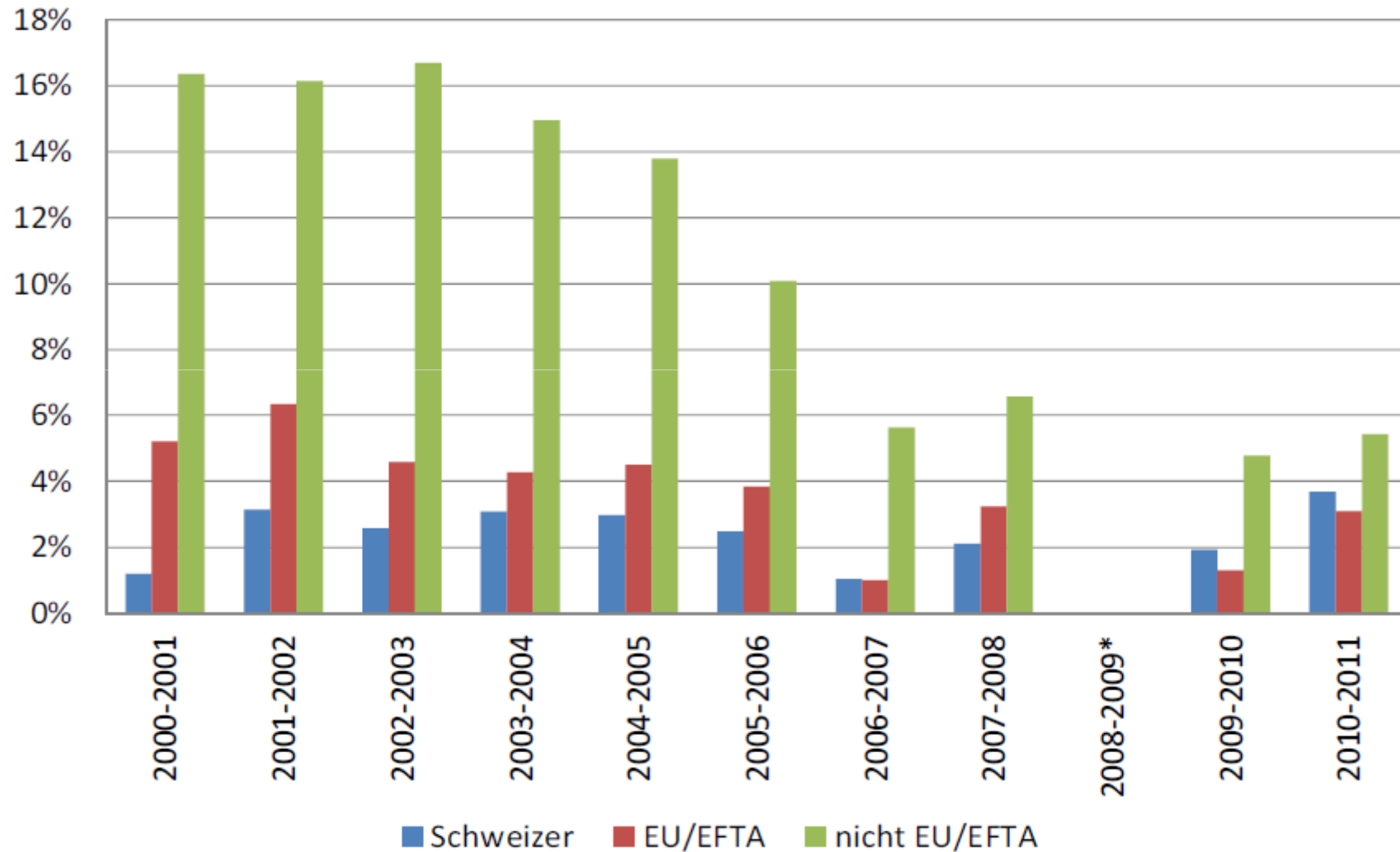
## Beitrag/Leistung in der ALV nach Nationalitäten



Quelle: Observatoire 2012



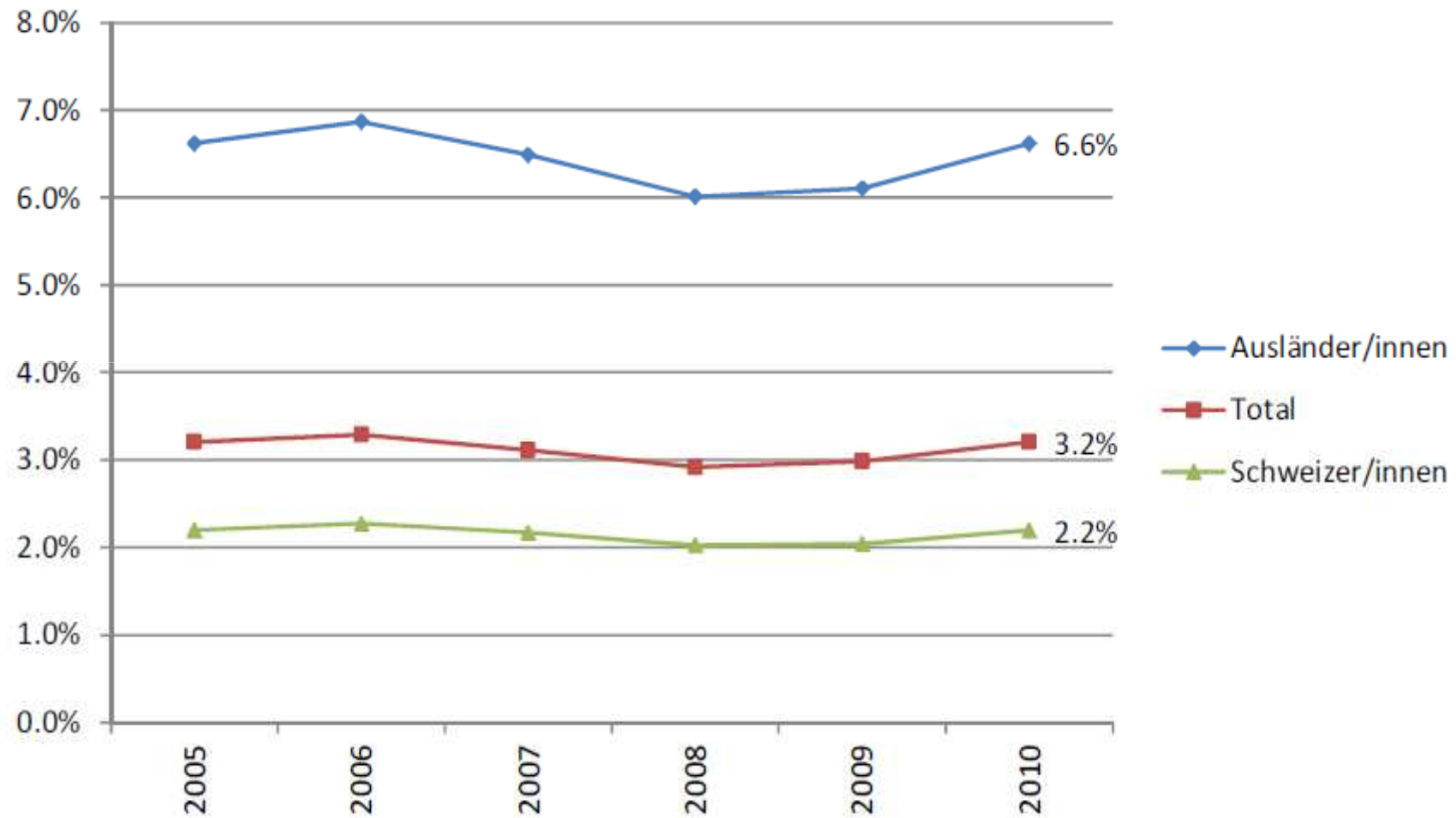
# Wachstum der EL



Quelle: Observatoire 2012



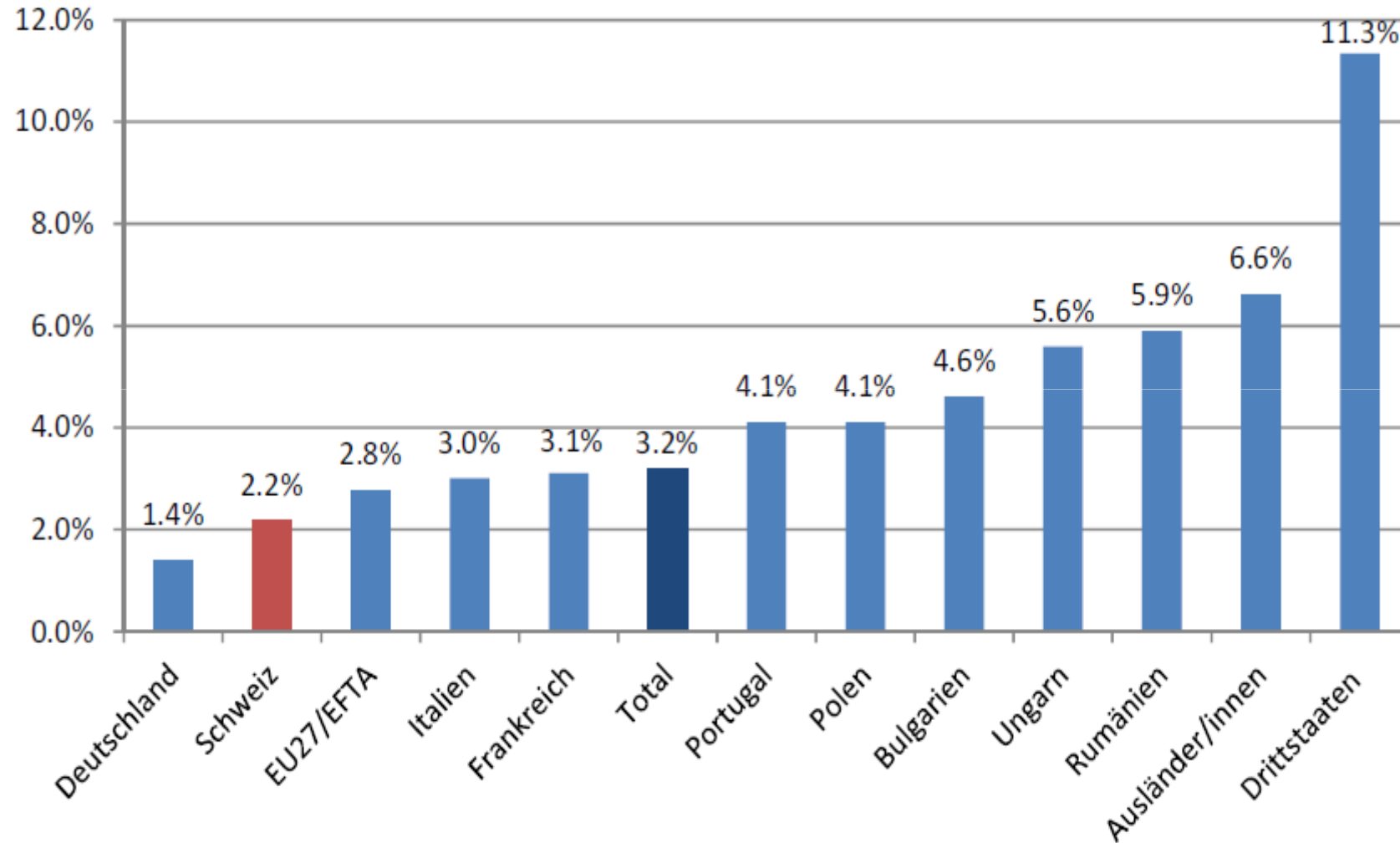
# Entwicklung der Sozialhilfequoten



Quelle: Observatoire 2012



# Sozialhilfequoten 2010



Quelle: Observatoire 2012



## Lagebeurteilung FlaM

- Der SAV steht zu den FlaM betont aber die Beschränkung auf die Missbrauchsverhinderung im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktöffnung.
- Widersprüchliches Verhalten gewisser Wirtschaftskreise.
- FlaM-Berichte zeigen hohe Verstossquoten (interpretationsbedürftig!); sehr kritischer Bericht der GPK-N.
- Das FlaM-Dispositiv funktioniert insgesamt recht gut, aber operative Mängel, Lücken und eklatante Lohndumping-Fälle schaffen öffentlichen bzw. politischen Handlungsdruck.
- Besondere Probleme in den Grenzregionen.



## FlaM-Anpassungsgesetz (Zustimmung)

- Bekämpfung der Scheinselbständigkeit
  - Problem ist gesamtwirtschaftlich nicht gewichtig, führt aber v.a. im Ausbaugewerbe zu starken Missbräuchen.
  - Dokumentationspflicht, Sanktionen und Wegweisungsmöglichkeit.
- Sanktionen von Verstößen gegen Mindestlöhne in NAV
  - Zivilrechtliche Durchsetzbarkeit in der Praxis untauglich.
  - Gleichbehandlung von aus- und inländischen Arbeitgebern.
- Ergänzung des Art. 1a AVEG (Einbezug der Kontroll- und Vollzugskosten sowie der Konventionalstrafen)
- Ausweitung der Dienstleistungssperre gegen Selbständige





## Weitergehende Forderungen (Ablehnung)

- Erhöhung der Anzahl Kontrollen
- Forcierung der NAV mit Mindestlöhnen gegen die gesetzlichen Voraussetzungen (Art. 360a OR)
- Einführung *gesetzlicher* Kautionspflichten
- Verschärfung der *gesetzlichen* Solidarhaftung des Erstunternehmers für die Einhaltung der FlaM durch Subunternehmer
  - Verhinderung des unkontrollierter Rundumschlags
  - Prinzipielle Ablehnung; Kardinalfragen des örtlichen und persönlichen Geltungsbereichs sowie der Entlastungsgründe
  - Auswirkungen auf die Organisation der Wertschöpfungsketten



## Einseitige Regeln sind keine Alternative zur PFZ

- Die Rückkehr zum Kontingentsystem mit Inländervorrang bringt die Rückkehr zur Planwirtschaft:
  - mehr Bürokratie;
  - Entscheidungsunsicherheit der Arbeitgeber und Migranten;
  - Allokation durch Behördenentscheid statt durch Nachfrage.
- Der Zugang der schweizerischen Arbeitskräfte zum europäischen Arbeitsmarkt ist nicht mehr gesichert.
- Die Sozialversicherungs-Koordination mit der EU entfällt.
- Die Arbeitskräfte-Mobilität wird behindert.
- Der Arbeitsort Schweiz verliert an Attraktivität.



## Risiken einer Kündigung des FZA

- Neuverhandlungen des FZA mit dem Ziel, die Personenfreizügigkeit zu beschränken, sind unrealistisch.
- Die Zuwanderungsinitiative der SVP nimmt die Kündigung des FZA in Kauf.
- Ohne offenen Arbeitsmarkt zur EU verliert der Standort Schweiz an Attraktivität.
- Wegen der Guillotineklausel stehen alle 7 Abkommen der Bilateralen I und vor allem der diskriminierungsfreie Zugang zum EU-Binnenmarkt auf dem Spiel.
- Eine Kündigung würde das Verhältnis zur EU insgesamt nachhaltig stören.

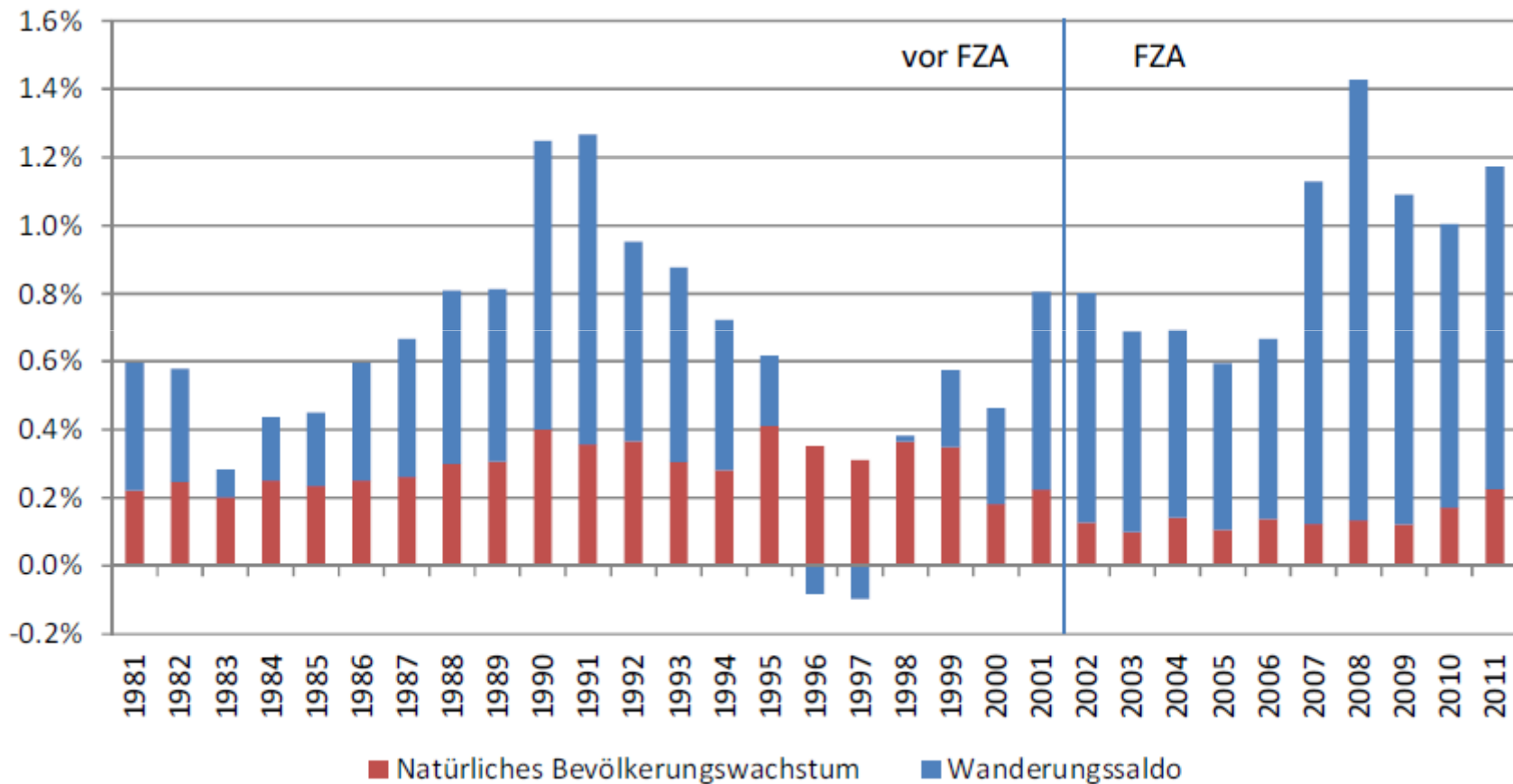


## Zuwanderung aus Drittstaaten

- Die Zuwanderung von Nicht-Erwerbstätigen (Familiennachzug) ist gewichtiger als die Migration in den Arbeitsmarkt:
  - in die Erwerbsbevölkerung 2009 – 2010 16'001
  - in die Wohnbevölkerung 2009 – 2010 85'878
- Die Bedürfnisse der Wirtschaft wachsen und verändern sich strukturell (Zielkonflikte mit Standortpromotion).
- Die Informationslage zur Ausschöpfung der Kontingente (2011: 5'000 L- und 3'500 B-Bewilligungen) ist ungenügend.
- Die Kontingentsbewirtschaftung ist zu optimieren.



# Wachstums-Anteile ständige Wohnbevölkerung



Quelle: Observatoire 2012



## Nebenwirkungen der Zuwanderung bzw. PFZ

- Punktuelle Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt mit grossem öffentlichem Skandalisierungspotenzial
- Regionale Verknappungserscheinungen auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt
- Zusätzliche Belastung der Infrastruktur
- Überschichtung als neue Herausforderung im Integrationsbereich
- Die kritisierten Phänomene müssen ernst genommen, aber sauber zugeordnet und als solche angegangen werden!



## Schlussbemerkungen

- Zuwanderung und PFZ sind für den Standort Schweiz ein «Must». Sie füllt Lücken im Arbeitsmarkt und gewinnt wegen der demografischen Entwicklung an Bedeutung.
- Die PFZ führt zur erwünschten Verlagerung der Migrationsströme. «Alte» und «neue» Zuwanderung sind zu unterscheiden
- Die negativen Begleiterscheinungen der PFZ müssen mit zielgerichteten Massnahmen abgefedert werden.
- Wer die Personenfreizügigkeit in Frage stellt, setzt die Bilateralen I aufs Spiel
- Wer eine restriktive Zuwanderungspolitik und die Aufgabe der PFZ will, plädiert letztlich für eine Begrenzung des Wachstums

